https://gen-ethisches-netzwerk.de/node/4857

Gen-ethischer Informationsdienst

Von extrem rechts bis in die gesellschaftliche Mitte

Warum Pronatalismus immer selektiv ist

AutorIn
Jonte Lindemann



Wiegenlieder unter dem SS-Banner: Lebensbornheim 1943. Foto: Bundesarchiv Bild 146-1973-010-11

Ob „Volkstod“-Narrativ oder das „Problem“ des demografischen Wandels: Pronatalistische und eugenische Vorstellungen existieren in verschiedenen gesellschaftlichen Lagern und haben eine lange Tradition. Was im Nationalsozialismus gipfelte, reicht von der Antike über die Aufklärung bis in heutige Debatten und Politiken.

“We must secure the existence of our people and a future for white children”1 – auf diesen als Fourteen Words bekannt gewordenen Slogan des US-amerikanischen Rechtsterroristen David Lane beziehen sich heute extrem Rechte aus verschiedensten Ländern und Strömungen2: vom Attentäter von Christchurch bis

hin zu neonazistischen Strukturen wie der Atomwaffendivision Deutschland. Als Zahlencode – gerne kombiniert mit der 18 für Adolf Hitler (1418) – findet sich die 14 als Schriftzug auf T-Shirts im rechten Versandhandel, als Tattoo auf der Haut von Neonazis oder als Chatname in rechten Gruppen wieder. Dass ausgerechnet dieser Slogan so verbreitet ist, verweist nicht nur auf die Bewunderung für Lanes antisemitischen Mord an Radiohost Alan Berg im Jahr 1984, sondern auch auf die hohe Symbolkraft des Satzes, der unter anderem die „Rettung“ einer imaginierten Volksgemeinschaft und die Notwendigkeit von Fortpflanzung postuliert.

„Volkskörper“ und „Erbgesundheit“

Reproduktion war und ist ein zentrales Thema (extrem) rechter Ideologien. Die Vorstellung davon, wer wie viele Kinder bekommen soll und wer nicht, sind eng an Vorstellungen von „Volk“, „Rasse“ oder auch Nation geknüpft und rassistisch, antisemitisch sowie behindertenfeindlich geprägt. Der Gedanke vom „Volkstod“ oder „Volkssterben“ ist dabei kein neuer. Es handelt sich um ein instrumentelles Schreckensszenario, das immer wieder Aktualisierungen und Anpassungen erfährt. Die Idee eines Aussterbens meint hier aber keine plötzliche physische Auslöschung. Vielmehr geht es um Reinheitsvorstellungen und die vermeintliche Gefahr einer Vermischung bzw. Verunreinigung oder eine Art territoriale Verdrängung durch bestimmte Bevölkerungsgruppen, die angeblich „fortpflanzungsfreudiger“ seien. Im deutschen Kolonialismus etwa war es die Angst vor der „Verkafferung"[3], die durch sogenannte Mischehenverbote in Schach gehalten werden sollte.

Auch in der Weimarer Republik befürchtete man ein Schrumpfen der Bevölkerung, ausgelöst durch einen Geburtenrückgang und Verdrängung durch angeblich fruchtbarere Slaw*innen. Aus dieser Zeit stammt auch die Schrift „Volk ohne Jugend“, die diese Dramatik weiter inszenierte und zugleich den Grundstein legte für die Bevölkerungspolitik des Nationalsozialismus (NS). Der österreichische Historiker Alexander Pinwinkler beschreibt die Politik treffend: „Die nationalsozialistischen Machthaber nahmen ihrerseits für sich in Anspruch, der demografischen Bedrohung mittels bevölkerungspolitischer Intervention erfolgreich begegnen zu können. Ihre geburtenfördernden Maßnahmen würden die deutsche Bevölkerungszahl erhöhen und zur ‚Aufartung‘ des deutschen ‚Volkskörpers’ beitragen.“[4] Dazu gehörte die Rassifizierung, Ausgrenzung und schließlich die Ermordung von Juden*Jüdinnen als vermeintlichem innerem Feind.[5] Eine andere „innere Bedrohung“ wurde in behinderten Menschen ausgemacht. Eng verknüpft mit der Volkstod-Fantasie war die Vorstellung eines möglichst „gesunden“ Volkskörpers – und damit mit der Eugenik.

„Positive“ und negative Eugenik

Der Gedanke, eine angebliche „Verbesserung“ der Bevölkerung zu erzielen, indem man durch pronatalistische Anreize die Geburtenrate bestimmter Bevölkerungsgruppen erhöht und die Fortpflanzung anderer Gruppen verhindert, reicht bis zu Platon zurück. Mit der Darwinschen Evolutionslehre erhielt diese Idee eine vermeintlich wissenschaftliche Unterfütterung. Ab Ende des 19. Jahrhunderts gab es einen regelrechten Eugenikboom: Zahlreiche Länder führten Anfang des 20. Jahrhunderts Sterilisationsprogramme ein – die teils rassistisch, teils behindertenfeindlich, aber auch entlang von Klassenkriterien operierten.

Die Fachliteratur unterscheidet häufig zwischen „positiver“ und negativer Eugenik: „Die positive Eugenik umfasste bevölkerungspolitische und sozialstaatliche Maßnahmen, die der Erhöhung der Geburtenraten ‚Erbgesunder‘ und ‚Tüchtiger‘ diente […] Im Gegensatz dazu galten Maßnahmen zur Verhinderung der Vermehrung von Menschen, deren Erbanlagen als schlecht eingestuft wurden“[6]. Unter dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN) vom 14. Juli 1933 wurden bis 1945 ca. 400.000 Menschen zwangssterilisiert, darunter Menschen mit Lernbehinderung, körper- und sinnesbehinderte Personen, psychisch kranke Menschen, Alkoholiker*innen, politische Gegner*innen sowie Menschen, die als moralisch verkommen galten und als „schwachsinnig“ kategorisiert wurden.[7] Ergänzt wurde das GzVeN ab 1935 durch das „Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes“. Über die Auswirkungen schreiben die Sozialwissenschaftlerinnen Graf und Schiefeneder: „Gemäß dem Gesetz wurden Ehen zwischen deutschen

Staatsangehörigen unter bestimmten Voraussetzungen verboten (RGB I, 1935b). Bevor eine Ehe geschlossen werden durfte, waren die Partner und Partnerinnen verpflichtet, eine Bestätigung beim Gesundheitsamt einzuholen, die ansteckende Krankheiten, eine Entmündigung, eine geistige Erkrankung oder eine Erkrankung, welche unter das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses fiel (RGB I, 1935b, S. 1246, §1, Abs. 1), ausschließen musste."[6]

Kinder für das Deutsche Reich – Pronatalismus im NS

Neben diesen auf Verhinderung der Fortpflanzung und letztlich auf die Vernichtung von als „minderwertig" gelabelten Gruppen zielenden Gesetzen und Maßnahmen gab es gleichzeitig eine aktive pronatalistische Politik im NS: etwa durch an Frauen gerichtete Propagandakampagnen und die finanzielle Unterstützung kinderreicher Familien. Mit der feierlichen Verleihung des „Ehrenkreuzes der deutschen Mutter" an kinderreiche, dem NS-Ideal entsprechende Frauen war diese Politik letztlich auch ritualisiert und institutionalisiert.

Wie akribisch diese Normen durchgesetzt wurden, lässt sich anhand der Aufnahmekriterien der Lebensbornheime nachvollziehen. Der Lebensborn e. V. wurde 1935 auf Geheiß Himmlers gegründet, er war ein staatlich geförderter, von der SS getragener Verein, dessen Ziel war, „arische" Frauen von Schwangerschaftsabbrüchen abzuhalten und die Geburtenrate zu erhöhen. Um in einem der Lebensbornheime untergebracht zu werden, mussten aufwändige Nachweise erbracht werden: Dazu zählten eine bis 1800 zurückreichende Ahnentafel, ein Erbgesundheitsbogen und ein Attest, das die gesundheitliche und „rassische" Eignung nachweisen sollte – von beiden Eltern. Wurde in einem der Lebensbornheime ein behindertes Kind geboren, begann die Überprüfung der Eltern erneut, die Unterstützung wurde eingestellt und die Kinder wurden in vielen Fällen in eine Tötungsanstalt verbracht.[6]

Vom Volkstod zum großen Austausch

Das Drohszenario vom Volkstod ist nach 1945 nicht verschwunden. So fanden sich im Umfeld des NSU und in der NPD direkte Nennungen des Begriffs. Später ersetzte die sogenannte Neue Rechte den Volkstod-Begriff durch den „großen Austausch", „um Assoziationen mit dem historischen Nationalsozialismus oder jüngerem Neonazismus zu vermeiden"[8]. Der „große Austausch" dient als Klammer, unter der unterschiedliche Feindbilder miteinander verknüpft werden können: So etwa können Feminist*innen für eine angeblich zu geringe Geburtenrate verantwortlich gemacht werden, während eine „zu lasche" Migrationspolitik gekoppelt mit dem rassistischen Mythos von der Fortpflanzungsfreudigkeit der Zugewanderten zu einer vermeintlichen Verdrängung der einheimischen Bevölkerung hochstilisiert wird. Dieses Motiv fand sich sowohl in der Wahlwerbung der NPD („Mehr Kinder statt Inder") als auch einige Jahre später auf dem AfD-Plakat „Neue Deutsche – Machen wir selber".

Dieser Diskurs verbleibt aber nicht innerhalb extrem rechter Wirkungskreise, vielmehr wurde es durch den Bezug auf Bevölkerungsentwicklung „für sie nicht nur möglich, sozial-, familien-, frauen- und reproduktionspolitische Themen anzusprechen, sondern selbige auch mit Fragen von Zuwanderung und Migration sowie Geschlechterverhältnissen zu verbinden"[9]. Über das in Diskussionen um Politikfelder wie Rente und Pflege immer wieder auftauchende Topos des demografischen Wandels, ist es der extremen Rechten gelungen, Anknüpfungspunkte für rassistische und migrationsfeindliche Narrative in der gesellschaftlichen Mitte zu nutzen.

Dabei herrscht auch im Mainstreamdiskurs und in der Politik eine Gleichzeitigkeit von Pro- und Antinatalismus vor. Thilo Sarrazins 2010 erschienenes Skandalpamphlet „Deutschland schafft sich ab" spitzte zu, was an rassistischen, aber auch klassistischen Vorstellungen hinsichtlich Reproduktion und Migration ohnehin in Gesellschaft und Politik kursierte, verschob dabei jedoch dauerhaft den Rahmen des Sagbaren. Seiner Ansicht nach würden deutsche Akademikerinnen zu spät und zu wenige Kinder bekommen, während die „Falschen" angeblich hohe Geburtenraten aufwiesen: Migrant*innen, Arme, formell weniger

Gebildete. Auch die Regelungen zu Kindergeld und Steuerfreibeträgen in Deutschland bevorteilen Besserverdienende. Trotz der proklamierten Sorge um eine Überalterung der Gesellschaft gibt es also weiterhin einen selektiven Pronatalismus.

Die Praktiken der neoliberalen Fruchtbarkeitsindustrie

Die Idee, dass – zumindest auf individueller Ebene – der eigene Nachwuchs optimiert werden könne, zeigt sich auch im Bereich der Reproduktionstechnologien. Hier findet ebenfalls eine Auslese anhand rassistischer, behindertenfeindlicher und klassistischer Linien statt. So nutzen Wunscheltern etwa eine vergleichsweise günstige Leihschwangerschaft in Ghana, die Eizellen aber kommen aus der Ukraine – denn das Baby soll weiß sein.10 Zudem zeugt die Auswahl möglicher Eizellgeber*innen von der Vorstellung, Eigenschaften wie Intelligenz seien vererbbar. Auf dem kaum regulierten US-Markt etwa können Wunscheltern aussuchen – und wer einen Universitätsabschluss hat, bekommt mehr Geld für seine Eizellen.11 Die neuen technologischen Möglichkeiten führen aber auch zu einer Verschiebung ins Körperinnere: Statt Abstammungsbüchern gibt es nun Carrier-Screenings und Pränataldiagnostik.

Diese individualisierten Praktiken in einer neoliberalen Fruchtbarkeitsindustrie sind nicht gleichzusetzen mit der staatlich verordneten Eugenik des NS. Sie lassen in Teilen jedoch ein unverhohlenes nationalstaatliches Interesse an einer bestimmten Art und Weise der Reproduktion deutlich werden. Im Sommer 2024 sorgte etwa eine Äußerung des damaligen Vorstandschefs der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Sachsen, Klaus Heckemann, für Aufsehen. Dieser hatte im Editorial der Mitgliederzeitschrift ein Zukunftsszenario entworfen, in dem „(a)llen Frauen mit Kinderwunsch […] eine komplette Mutationssuche nach allen bekannten, autosomal-rezessiv vererbbaren, schweren Erkrankungen angeboten“ wird. Einen besonders faden Beigeschmack hat die von Heckemann aufgeführte Kostenkalkulation: Bei jährlichen Kosten von nur 750 Millionen Euro sei ein solches Screening günstiger als teure Therapien. Dieses Vorgehen sei laut Heckemann „Eugenik in ihrem besten und humansten Sinne“. Das Editorial führte zu Recht zum Eklat, Heckemann musste den Hut nehmen. Aber: Fast die gesamte öffentliche Diskussion drehte sich um den affirmativen Gebrauch des Eugenikbegriffs – über die Behindertenfeindlichkeit des Screening-Vorschlags verlor hingegegen kaum jemand ein Wort.12

Und was konservative Kreise unter dem Kinderkriegen verstehen, wurde gerade auf besorgniserregende Weise durch den CSU-Politiker Florian Hahn offenkundig. Der Staatsminister im Außenministerium sagte dem Bayerischen Rundfunk im Talkformat „jetzt red i“, in dem es um eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht ging, er wolle diese nur für Männer, denn „neun Monate schwanger zu sein, ist auch ein wichtiger Beitrag für unsere Gesellschaft“.13 Die Schwangerschaft, von der Hahn hier spricht, ist keine Entscheidung für das individuelle Lebens- oder Familienglück mehr, sondern ein Beitrag zur Gesellschaft – vielleicht sogar zur Bundeswehr. Pronatalismus bleibt selektiv und nationalistisch aufgeladen.

- 1

  Dt.: „Wir müssen den Fortbestand unseres Volkes und eine Zukunft für weiße Kinder sicherstellen.“

- 2

  Anti-Defamation League. Online: www.adl.org/resources/hate-symbol/14-words. [Letzter Zugriff: 25.07.2025]

- 3

  Vgl.: Axster, F. (2005): Die Angst vor dem Verkaffern – Politiken der Reinigung im deutschen Kolonialismus. In: Werkstatt Geschichte 39, S. 39-53. Klartext, Essen.

- 4

Pinwinkler, A. (2017): Fortsetzung der Eugenikdiskussion mit anderen Mitteln? Bevölkerungsdiskurse im 20. und frühen 21. Jahrhundert. In: Schwarz, A. (Hg.), Streitfall Evolution. Eine Kulturgeschichte, Köln-Weimar-Wien, Böhlau Verlag.

- 5

Kutscher, N. (2023): Das Narrativ vom »großen Austausch«. Rassismus, Sexismus und Antifeminismus im neurechten Untergangsmythos. Transcript, Bielefeld.

- 6a6b6c

Graf, E. T./Schiefeneder, F. (2020): Propaganda für einen „gesunden Volkskörper“ im Nationalsozialismus. Online: www.doi.org/10.21241/ssoar.70274.

- 7

Lindemann, J. (2023): Zwang und Fremdbestimmung. Historische Kontinuitäten der reproduktiven Selbstbestimmung von behinderten Menschen. In: GID MAGAZIN, 39. Jg., Nr. 266, S. 14-16.

- 8

Botsch, G. (2021): Rassenbürgerkrieg. Antisemitismus, Rassismus und die mörderische »Volkstod«-Paranoia. In: Nobrega, O. S. et al. (2021) (Hg.): Rassismus. Macht. Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau: Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors. Transcript, Bielefeld.

- 9

Goetz, J. (2020): ‚Der große Austausch‘ – Rechtsextreme Reproduktions- und Bevölkerungspolitik am Beispiel der ‚Identitären‘. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, 2-2020, S. 37-49, www.doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.04.

- 10

Herb, I./Nolte, A. (2024): „Wish for a Baby“ – der Markt der unendlichen Möglichkeiten. Online: www.kurzlinks.de/gid274-lr. [Letzter Zugriff: 25.07.2025]

- 11

Gunnarson Payne, J. (2015): Reproduction in transition: cross-border egg donation, biodesirability and new reproductive subjectivities on the European fertility market. In: Gender, Place and Culture, 22. Jg., Nr. 1, S. 107-122, www.dx.doi.org/10.1080/0966369X.2013.832656.

- 12

Lindemann, J. (07.10.2024): Pränataldiagnostik: Selektion ist gängige Praxis. Aufschrei bei Heckemanns Eugenik-Fantasie, einhellige Stille zu vorgeburtlichen Tests. In: nd, online: www.kurzlinks.de/gid274-ls. [Letzter Zugriff: 25.07.2025]

- 13

BR (02.07.2025): Streit um die Wehrpflicht – Muss die Jugend bald wieder dienen? Online: www.kurzelinks.de/gid274-lt. [Letzter Zugriff: 25.07.2025]

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 274 vom August 2025
Seite 17 - 19